Deutscher EDV-Gerichtstag e.V.

Saarbrücken, am 5. Juni 2024

Deutscher EDV-Gerichtstag e.V., Dr. Anke Morsch
Universität des Saarlandes, Postfach 151150, 66041 Saarbrücken

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Scharnhorststraße 34-37
Referat VIB1
10115 Berlin
Per E-Mail: Buero-VIB1@bmwk.bund.de
vicky.richter@bmwk.bund.de

Mitwirkende:
Prof. Dr. Wilfried Bernhardt
Prof. Dr. Anne Paschke

Stellungnahme des Deutschen EDV-Gerichtstags zum Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (Entwurf Daten-Governance-Gesetz – DGG) sowie den Entwurf der Verordnung zur Einführung einer Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Daten-Governance-Rechtsakt und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung der Bundesnetzagentur (Entwurf BMWK-DGA-Besondere Gebührenverordnung – BMWK-DGA-BGebV) zur Beteiligung nach § 47 GGO

Ihr Schreiben vom 22. Mai 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzesentwurf bedanken wir uns.

Im Ergebnis verzichten wir auf die Abgabe einer Stellungnahme. Der Fokus des EDV-Gerichtstags liegt auf der Digitalisierung der Justiz. Da weder der Data-Governance-Act, noch das umsetzende Gesetz, das Daten-Governance-Gesetz nennenswerte Relevanz für die Justiz besitzen, sehen wir hier keinen Anlass zur Stellungnahme.

Dr. Anke Morsch
Vorstandsvorsitzende
Deutscher EDV-Gerichtstages e.V.

Dr. Michelle Weber
Geschäftsführerin